

A N F R A G E von Mattea Meyer (SP, Winterthur) und Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti)

betreffend Schul- und Klassenassistenzen an der Volksschule

Anlässlich der Präsentation der PISA-Ergebnisse im Dezember 2011 hat die Bildungsdirektion angekündigt, dass der Einsatz von Schul- und Klassenassistenzen geprüft werden soll, um einerseits den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen und andererseits die Lehrpersonen zu entlasten und ihnen mehr Zeit für den Unterricht zu ermöglichen. Schulassistenzen werden bereits in einigen Schulgemeinden eingesetzt, andere sind daran, Konzepte und Projekte zur Einführung zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang bitten wir deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Von welchen konkreten Projekten hat der Regierungsrat Kenntnis?
2. Welchen Gestaltungsspielraum haben die Schulgemeinden beim Einsatz von Schul- und Klassenassistenzen?
3. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass kantonale Mindestanforderungen und Richtlinien für den Einsatz von Schulassistenzen sinnvoll wären (insbesondere betreffend Arbeitsbedingungen der Schulassistenzen und ihr Kompetenzverhältnis zur Lehrperson)? Existieren bereits solche Richtlinien und was beinhalten sie?
4. Wie kann der Regierungsrat garantieren, dass der Mitteleinsatz der Gemeinden für Schulassistenzen die Chancengleichheit nicht gefährdet, indem die Zuteilung von Vollzeiteinheiten für Lehrpersonen umgangen wird (§ 66 Volksschulgesetz)?
5. Begleitet das Volksschulamt bereits laufende Versuche mit Klassenassistenzen und wertet es diese aus?
6. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat zu verhindern, dass die Schulassistenzen in einzelnen Schulgemeinden als billige Ersatzlehrkräfte missbraucht werden?

Mattea Meyer
Karin Maeder-Zuberbühler